Europapolitischer Rückschritt

Autor(en): **Wehrli, Christoph / Stocker, Monika**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **108 (2014)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-514091

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Christoph Wehrli und
Monika Stocker

Europapolitischer Rückschritt

Die Initiative der SVP gegen die sogenannte Masseineinwanderung hat über Wochen die politische Diskussion in der Schweiz geprägt. Veranstaltungen, Hintergrundartikel in den Medien, Debatten in Parteien und Verbänden, am Stammtisch, in LeserInnenbriefen – man kam am Thema nicht vorbei. Die Diskussionen zeigten Emotionen, Dilemmata, Ängste – ein Erfolg der Initiative wurde immer wahrscheinlicher, je näher der Abstimmungstag kam.

Es gab ein sehr knappes und doch in seiner Aussagekraft deutliches Ja. Will man die Elemente des Abstimmungskampfes und des Resultats zu einem Bild mit dem etwas grossspurigen Titel « Lage der Nation» zusammenfügen, was ist da zu erkennen?

Wir fragten nach bei Christoph Wehrli, Redaktor bei der NZZ und seit vielen Jahren aufmerksamer und kompetenter Beobachter der Schweizer Politik.

1.

Die Schweiz hat eine längere Tradition in der Auseinandersetzung mit Initiativen, die die Einwanderung regulieren und beschränken möchten. Die jetzige Diskussion zeigte viele Facetten. Gab es Neues, Überraschendes? Bewegte sie sich in der Liga «wie gehabt» oder war sie qualitativ anders?

Es war in gewisser Hinsicht eine Ausländerdebatte ohne «Ausländer». Aus diesen waren nun «Zuwanderer» geworden oder einfach Faktoren des demografischen Wachstums (von ferne erinnert dies daran, dass vor der Minarett-Abstimmung umgekehrt plötzlich lauter «Muslime» da waren). Die SVP hielt sich in der letzten Phase der Kampagne mit Negativbildern (Ratten, Raben, schwarze Schafe) zurück und machte dadurch das Thema «politisch korrekt». Ausländerfeindliche Regungen und persönliche Motive liessen sich unter dem Titel der weitsichtigen Sorge um den Freiraum im Lande verbergen. Die Grenzen zu ehrlicher, konsequenter Wachstumskritik sind dabei wohl fliessend.

Bei den Gegnern machte man eher auf Routine. Auf die Masshalteparole war man offenbar schlecht vorbereitet. Das alte Argument «wir brauchen ausländische Arbeitskräfte» genügte insofern nicht, als die Einwanderung längst nicht mehr nur strukturelle Lücken (unbeliebte Berufe einerseits, hochspezialisierte anderseits) füllt, sondern auf der ganzen Breite stattfindet und offenbar eine eigene Dynamik auslöst. Während die Minarett-Initiative (teilweise ein Migrationsthema) manche politisch weniger etablierte Akteure mobilisierte, die sich mit originellen Leserbriefen, mit Büchern und in anderen Formen zu Wort meldeten, verliess man sich bei diesem «klassischen» Thema auf die (alsbald kritisierte) Economiesuisse – und auf das bisherige Abstimmungsverhalten des Volks, bei dem im Zweifelsfall stets die «wirtschaftliche Vernunft» den Ausschlag zu geben schien.

2.

Man hatte den Eindruck, dass die Leitungen von Parteien und Verbänden relativ rasch und deutlich ihre Parolen – fast immer die Neinparole – fassten. Weniger klar waren dann die Diskussionen an der Basis der Verbände, in den Kantonalsektionen der Parteien. Offensichtlich gibt es einen Graben zwischen «man muss doch», also quasi dem Aushängeschild, der «Aussenpolitik», und dem «wir fühlen anders», der «Innenpolitik» der politischen Organisationen?

Die sichtbaren Spannungen innerhalb der Parteien und Verbände waren nicht besonders gross. In ausländerpolitischen Fragen besteht meistens eine gewisse Divergenz zwischen den politischen Organisationen (bzw. ihren Entscheidungsgremien) und dem Stimmvolk. Bei höherer Stimmbeteiligung dürfte die «Bindung» an Parteien und Verbände aufs Ganze gesehen noch geringer werden. Dass innerhalb der strukturierten Zivilgesellschaft keine eingehendere Diskussion stattfindet, ist allerdings von Nachteil, auch weil das Resultat schwieriger interpretierbar wird.

3.

Das Resultat ist knapp und doch eindeutig. Was bedeutet es für die Zukunft? Für unsere Position in Europa? Für unsere innenpolitische Auseinandersetzung?

Erstmals hat das Volk einen europapolitischen Rückschritt beschlossen. Zwanzig Jahre nach dem Freihandelsabkommen von 1972 hatte es zwar den Schritt in den EWR abgelehnt, dann aber etliche kleinere Schritte nach vorn kontinuierlich gutgeheissen (Bilaterale I, Osterweiterung, Bestätigung 2009, Schengen/Dublin, Grundlage für Erweiterungsbeitrag). Damit wird erst recht die Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU blockiert. Nun eine Beitrittsdiskussion zu erwarten, ist unrealistisch.

Die Schweiz hat in ihrer Verfassung eine angestrebte Vertragsänderung zulasten der Gegenseite verbindlich festgeschrieben. Man könnte ein derart einseitiges Vorgehen mit dem der USA im Fall der Fatca vergleichen. Amerika hatte damit Erfolg. Ein kleines Land hat sich damit aber – mehr oder weniger bewusst – gegenüber einem wesentlich gewichtigeren Vertragspartner in eine schwache Position manövriert. Die ersten Reaktionen verdeutlichen zudem, dass sich die EU in einem ihrer inneren Prinzipien berührt, wenn nicht verletzt fühlt.

Die Regelung der Einwanderung muss nun jedenfalls weiterhin eng mit der Europapolitik verbunden werden. Die Erfolgsaussichten («pragmatische Lösung» mit der EU) scheinen heute gering zu sein. Umso mehr sind für die innenpolitischen Auseinandersetzungen gute Verlierer und gute Sieger gefragt. ●

christoph.wehrli@nzz.ch